

Überblick

1/2006

Schwerpunkt **Islam in Deutschland:** **Lebensrealitäten und** **Kulturkampfmythen**

- ▶ **In welchen Welten leben Muslime in Deutschland?**
- ▶ **Notwendige Differenzierungen: Der Karikaturenstreit im bundesdeutschen Migrationsdiskurs**
- ▶ **Wir brauchen den kritischen Dialog und keine Polarisierung**

IDA
NRW

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen
12. Jg., Nr. 1, März 2006
ISSN 1611-9703

Inhalt

Schwerpunkt: Islam in Deutschland: Lebensrealitäten und Kulturkampfmymthen

- In welchen Welten leben Muslime in Deutschland? Jörn Thielmann	3
- Notwendige Differenzierungen: Der Karikaturenstreit im bundesdeutschen Migrationsdiskurs Anne Broden	6
- Wir brauchen den kritischen Dialog und keine Polarisierung Rudolf Leiprecht & Helma Lutz	9
Termine	13
Nachrichten	13
Literatur und Materialien	14

Impressum

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de, www.IDA-NRW.de

Redaktion: Anne Broden

Der „Überblick“ und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V..

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 2/2006: 1.6.2006.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Wissen Sie, welches Motiv Caspar David Friedrich auf der Ostseeinsel Rügen malte? Und was gelang Otto Hahn erstmals 1938? Falls Sie diese Fragen nicht beantworten können, sollten Sie beim zuständigen Amt Ihren deutschen Pass zurückgeben oder einen entsprechenden Antrag zurückziehen. Vielleicht beabsichtigen Sie gar keine Einbürgerung? Dann bleibt Ihnen immerhin der neue Einbürgerungstest des Landes Hessen, der womöglich bundesweit eingeführt werden soll, erspart und Sie müssen keine Namen, Daten und Fakten zur deutschen Geschichte, Politik und Kultur büffeln.

Dieser Einbürgerungstest zeigt, dass IDA-NRW eine Einrichtung ist, die fernab der gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik operiert, haben wir doch vor wenigen Monaten erst eine große Tagung durchgeführt, bei der wir der Frage nachgegangen sind, wie Migration die Geschichts- und Erinnerungskultur der Bundesrepublik verändert. Die politisch Verantwortlichen in dieser Republik gehen aber nicht davon aus, dass sich die Gesellschaft durch Einwanderung wandelt, vielmehr haben sich die Eingewanderten anzupassen, indem sie sich Fakten zu von Deutschland gewonnenen Fußballweltmeisterschaften und medizinischen Erfolgen deutscher Forscher aneignen.

IDA-NRW scheint nicht nur völlig obsoleten Themen nachzugehen, nein, diese Organisation arbeitet darüber hinaus mit ExpertInnen zusammen, die von einer bekannten Feministin erst kürzlich als Islamisten-Freunde bezeichnet wurden (vgl. Beitrag Leiprecht/Lutz in dieser Ausgabe). Auch wenn wir uns bislang unter diesen sehr wohl gefühlt haben, so sollten wir angesichts der gravierenden Fehleinschätzungen, die nun zu Tage treten, unsere Arbeit wohl besser beenden. Die MitarbeiterInnen hätten endlich Zeit, ihre Kenntnisse der deutschen Kultur aufzufrischen und könnten beispielsweise ein Konzert von Konstantin Wecker in Ostdeutschland besuchen. Aber halt, das ist ja abgesagt worden, weil ein regionales NPD-Männchen mit Präsenz seiner „Kameraden“ beim Konzert gedroht hat.

Die aktuellen Diskurse in der Bundesrepublik lassen mich einmal mehr an Sisyphos denken. Man müsse sich ihn als einen glücklichen Menschen vorstellen, meinte jüngst ein Kollege der Antirassismusbearbeitung. Aktuell kommt es mir eher so vor, als habe der zurückrollende Stein Sisyphos zumindest einen Fuß eingeklemmt.

Dennoch herzliche Grüße,
Anne Broden

Schwerpunkt: Islam in Deutschland: Lebensrealitäten und Kulturkampfmymen

Die aktuelle Debatte um den Karikaturenstreit und den bundesdeutschen Migrationsdiskurs gehen mit Wahrnehmungsproblemen und Diffamierungen einher, wie sie bislang selten waren. Die Lebensrealitäten von Muslimen in Deutschland geraten dabei völlig aus dem Blick oder werden unter unangemessenen Headlines subsumiert.

Der Beitrag von Jörn Thielmann ist eine Annäherung an die muslimischen Lebenswelten und setzt mit seinem sachlichen Ton ein bewusstes Gegengewicht zur aktuellen Islamfeindschaft.

Anne Broden geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie die Debatte um den Karikaturenstreit in der Bundesrepublik Deutschland als Waffe im ausgerufenen „Kampf der Kulturen“ missbraucht wird und welche Funktion dieser Kampfbeschwörung zukommt.

Rudolf Leiprecht und Helma Lutz plädieren in ihrem Artikel für einen kritischen und dennoch nicht polarisierenden Dialog der am Migrationsdiskurs beteiligten Personen. Vor dem Hintergrund eines von 60 Migrationsforscherinnen und -forschern veröffentlichten Briefes in der „Zeit“ gehen sie auf zum Teil diffamierende und/oder verkürzende Reaktionen auf diese Stellungnahme ein.

In welchen Welten leben Muslime in Deutschland?

Jörn Thielmann

Seit einigen Jahren wird in der Öffentlichkeit regelmäßig davon gesprochen, dass Muslime in Deutschland in „Parallelgesellschaften“ leben, ja, dass diese erst den Rückzugsraum für die so genannten „Schläfer“, die potentiellen Terroristen, bildeten. Gleichzeitig stellte die Bundesregierung im November 2000 in Reaktion auf eine Große Anfrage fest, dass man insgesamt sehr wenig über das Leben von Muslimen in Deutschland weiß. Daran hat sich – trotz oder vielleicht gerade wegen des 11. September – bei aller zunehmenden Forschung auf diesem Feld nichts Wesentliches geändert. Selbst die Zahl der Muslime ist nur geschätzt: 3,2 bis 3,6 Millionen, darunter bis zu 450.000 Muslime mit deutschem Pass, einschließlich der Konvertiten (Deutscher Bundestag 2000: 4f).

Zwar gab es einzelne Muslime seit dem 18. Jahrhundert in Deutschland und die erste Moschee – mit Minaretten und Kuppelbau – wurde in den 1920er Jahren in Berlin-Wilmersdorf errichtet (cf.

Abdullah 1981: 27-31). In größerer Zahl strömten allerdings erst ab den 1960er Jahren Muslime nach Deutschland: Gastarbeiter vor allem aus der Türkei, aber auch aus Marokko und Tunesien. Daneben gab und gibt es natürlich Bildungsmigranten und Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten muslimischen Ländern bei uns. Meistens bestimmen aber die Türken unser Bild von Muslimen in Deutschland. Dies greift jedoch zu kurz und wird der Vielfalt des muslimischen Lebens nicht gerecht. So kommen z. B. die Muslime in meiner Heimatstadt Bad Kreuznach, in der ich für meine Habilitation Forschungen über muslimisches Leben durchführe, aus 27 verschiedenen Nationen. Die Forschung hat darauf bislang nicht reagiert. Entweder werden sehr allgemein die islamischen Organisationen und Institutionen in Deutschland beschrieben oder Untersuchungen an sehr abgegrenzten Gruppen (z. B. junge türkische Männer oder junge türkische Frauen) durchgeführt (für einen Überblick zur Forschung über Muslime in Deutschland siehe Tezcan 2003 sowie Salvatore/Amir-Moazami 2002).

In den 1960er Jahren gab es für die muslimischen Arbeitsmigranten zunächst gar keine Organisationen oder religiöse bzw. kulturelle Angebote, anders als für die christlichen Gastarbeiter aus Südeuropa, um die sich die Kirchen intensiv kümmerten. So fanden die ersten muslimischen Gemeinschaftsgebete aus Anlass des Ramadan in den frühen 1960er Jahren oft in katholischen Kirchen statt, so 1963 im Kölner Dom. Der Islam war zu dieser Zeit eine Religion unter anderen und nicht spezifisch negativ konnotiert.

Ab Ende der 1960er Jahre entstanden dann die ersten türkischen, marokkanischen oder tunesischen Vereine, die meist zunächst nur die Möglichkeit zum Treffen und soziale Beratung bieten wollten. Erst mit dem Familiennachzug nach dem Anwerbestopp 1973 änderte sich dies. Mit ihren Familien wollten Muslime vermehrt ihre Feste feiern und ihre Traditionen pflegen. Die Kinder sollten eine religiöse Unterweisung erfahren. Die meisten Vereine richteten in dieser Zeit Gebetsräume ein und begannen, zumindest für die Sommerferien, Imame aus den Heimatländern zu holen. Nur die in der Regel türkischen Vereine, die auf vorhandene Strukturen und Traditionen in ihren Herkunftsländern selbst zurückgreifen konnten, wie die Vorgängerorganisationen der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) oder der *Verband der islamischen Kulturzentren* (VIKZ) (cf. Jonker 2002), waren sehr früh in Deutschland organisiert und von Anfang an mit religiösen Angeboten präsent. Erst 1984 gründete der türkische Staat mit *Diyanet İşleri Türk İslam Birliği* (DİTİB), der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“, eine eigene Organisation, um die Beziehung zu den Auslandstürken zu halten und die religiöse Szene unten ihnen zu kontrollieren (cf.

Seufert 1999). Alle türkischen Vereine in Deutschland haben bzw. hatten bis vor kurzem eine starke nationale Orientierung an der Türkei und ihrer spezifischen Situation.

Einen gewissen Einfluss auf das islamische Feld in Deutschland hatte die Islamische Revolution im Iran 1979: So spaltete sich die Kaplan-Bewegung (der spätere „Kalifatsstaat“, cf. Schiffauer 2000) von Millî Görüş ab. Die Aktivitäten in vielen Vereinen wurden religiöser. In Bad Kreuznach schickten z. B. iranische Muslime erstmals ihre Kinder in die türkische Moschee zum Koranunterricht.

Dass die meisten Vereine und Moscheen in Hinterhöfen, Industriegebieten und abbruchreifen Häusern zu finden waren und sind, ist nur begrenzt den knappen finanziellen Mitteln der Vereine zuzuschreiben, sondern ist eher Ausdruck der aktiven Ausgrenzung durch die nicht muslimische Mehrheit der Gesellschaft, die immer noch anhält, wie durch den vorhersagbaren Gegenwind deutlich wird, der nahezu jedem Moscheeneubau entgegen bläst, der als solcher erkennbar ist. Paradoxerweise wird gleichzeitig der „Hinterhofislam“ als gefährlich angeprangert und als deutlichstes Zeichen einer Parallelgesellschaft interpretiert.

Die meisten Muslime haben zwar eine stärkere Bindung an ihre Religion als der Durchschnitt der christlichen Bevölkerung. Entsprechende Umfragen bringen dies immer wieder ans Licht. Regelmäßig praktizierend ist aber nur eine relativ kleine Minderheit, selbst bei denen, die einem Moscheeverein angehören. So sind von den insgesamt 2.700 Türken in Bad Kreuznach nur etwa 250 Mitglieder in einer der beiden Moscheevereine. Die wochentäglichen Gebete besuchen höchstens 10-15 Muslime regelmäßig, zum Freitagsgebet kommen maximal 150 bis 200 zu beiden Moscheen. Nur während des Fastenmonats Ramadan und zu den beiden großen islamischen Festen, dem Fest des Fastenbrechens am Ende des Ramadan sowie dem Opferfest, sind die Moscheen überfüllt (zu der großen Moschee in Bad Kreuznach kommen dann 2.000 Gläubige!). Ein Phänomen, wie wir es sonst von den „Weihnachtschristen“ kennen. Bei einer nicht-repräsentativen Befragung unter Muslimen (Mitglieder eines türkischen Moscheevereins sowie Mitglieder einer muslimischen Studierendengruppe), die ich 2005 mit dem Religionspsychologen Stefan Huber durchgeführt habe, zeigte sich eine große strukturelle Ähnlichkeit ihrer Religiosität mit der von hochreligiösen Christen, besonders mit Mitgliedern christlicher Freikirchen. Dieses Ergebnis relativiert vielleicht die stets unterstellte islamische Besonderheit.

Da der Islam keine kirchenähnliche Struktur kennt und der Vereinsgedanke vielen Muslimen eher fremd ist, ist auch nur eine Minderheit organisiert.

Hier lassen sich landsmannschaftliche Vereine (die Kultur und Sprache pflegen) bei den großen Migrantengruppen sowie multinationale Vereine unterscheiden. Innerhalb der größten Gruppe, den Türken, gibt es neben dem vom türkischen Staatsislam geprägten DITIB-Verband die profiliert religiöseren Verbände der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) sowie des Verbands der islamischen Kulturzentren (VIKZ), die beide in Opposition zur laizistischen Türkei entstanden. Millî Görüş gilt als islamistisch und wird vom Verfassungsschutz beobachtet – ungerechtfertigt nach dem Generationswechsel in der Führung, wie manche Forscher meinen. Beobachten lässt sich eine Dreiteilung der Generationen: Die erste Generation hat die Moscheen und Vereine buchstäblich mit eigenen Händen aufgebaut und trägt bis heute wesentlich die Infrastruktur. Ihre geistige Orientierung ist türkisch. Die zweite Generation ist ebenfalls in der Türkei sozialisiert, aber in der deutschen Gesellschaft angekommen. Sie wollen, dass ihre Kinder hier integriert leben. Sie vermittelt zwischen der ersten und der dritten Generation. Diese, nur geringfügig jünger als die zweite, ist in Deutschland groß geworden. Ihre geistige Welt ist deutsch. Sie übernimmt den Kontakt zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. Bei Millî Görüş haben mittlerweile die zweite und dritte Generation die Verantwortung übernommen. Damit sich die Gemeinschaft durch die Transformationen nicht spaltet, wird die erste Generation immer wieder durch rhetorische Rückgriffe auf alte Muster einbezogen. Hier ist auch der traditionelle Respekt, der Älteren gezollt wird, nicht zu unterschätzen.

In den großen Moscheen entwickelt sich zusehends ein differenziertes Gemeindeleben mit Kinder-, Jugend- und Frauenarbeit. Nachhilfe und Weiterbildung sowie Beratungs- und Sozialarbeit gewinnen an Bedeutung. Die Rolle der Imame scheint sich hier mehr und mehr der von christlichen Pfarrern anzunähern. Die Moscheen und Vereine, gerade die von Millî Görüş, suchen allmählich den Kontakt zu professionellen deutschen Diensten und Stellen, um Probleme wie häusliche Gewalt, Drogen und Kriminalität anzugehen. Hier liegt meines Erachtens ein enormes Potential für Stadtteil- und Integrationsarbeit.

In den multinationalen Moscheen sammeln sich Muslime eher um eine gemeinsame Idee des Islam. Die Lebensweise des Propheten Muhammad ist das Vorbild, die Rückkehr zu den Traditionen der ersten islamischen Gemeinde das Ziel. Dies meint aber nicht den Rückfall ins Mittelalter: Es entstehen neue moderne Formen des Islam, geprägt von deutscher Kultur. Oft ist die Umgangssprache dieser Moscheen Deutsch. Besonders hier findet sich eine Figur, die ich „perfekter Muslim“ nenne (cf. Thielmann 2005). Drei Typen lassen sich meines Erachtens unterscheiden:

Diejenigen, die als Muslime in eine religiös-traditionelle Familie hineingeboren wurden und sich den Islam eigenständig in der Pubertät aneignen, auch als Abgrenzungsmittel gegen familiäre Autoritäten. So werden Verbote oft mit dem Hinweis, das sei unislamisch, gekontert. Zweitens diejenigen, die als Muslime in eine nicht praktizierende Familie hineingeboren wurden und ein Bekehrungserlebnis hatten. Diese sind in der Regel stereotyp und folgen einer sehr begrenzten Zahl von Topoi. Man kann auch von „new born Muslims“ oder „born-again Muslims“ sprechen. Drittens die wachsende Gruppe der Konvertiten aus anderen Religionen. Diese kompensieren oft fehlende religiöse Kenntnisse („nicht mit der Muttermilch aufgenommen“) durch Eifer und Studium.

Die „perfekten Muslime“ treffen sich häufig in geschlechtergetrennten peer-groups. Gemeinsames religiöses Lernen, auch in Wochenendseminaren, ist die Regel. Kontakte werden – auch bundesweit – durch SMS, mailing lists und Internet gehalten. Ziel ist die Verwirklichung des „wahren Islam“, gereinigt von allen historischen, ethnischen und kulturellen Zusätzen, durch einen absolut orthopraxen Lebensstil, der sich das Leben des Propheten Muhammad (*ṭarīqa Muḥammadiyya*) zum Vorbild nimmt. Dabei wird konstant die konkrete Lebenswirklichkeit als Muslim in einer nicht muslimischen Mehrheitsgesellschaft reflektiert und es werden neue religionsrechtliche wie theologische Meinungen gebildet. Religion ist hier eine wesentliche Ressource für eine stabile Identitätsbildung sowohl von Einzelnen wie von Gruppen.

Mögliche Ursachen für die wachsende Zahl „perfekter Muslime“ liegen zum einen wohl in der individuellen Identitätsbildung, zum anderen auch in den gesamtgesellschaftlichen Diskursen über den Islam begründet. Menschen aus islamischen Ländern, egal, ob religiös oder nicht, erfahren ständig Stigmatisierung und Ausgrenzung sowie den Zwang, sich zum Islam erklären zu müssen. Dies mag zu einer bewussten Aneignung des Islam führen, im Sinne von Max Frischs' „Andorra“. Diese Aneignung ist aber nur für eine ganz geringe Minderheit radikal oder islamistisch.

Das Kopftuch spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. Obwohl es kein eindeutiges Objekt ist, wird es von unterschiedlichen Gruppen – muslimischen wie nicht muslimischen – zu dem Symbol für den Islam schlechthin stilisiert. Die Vielfalt seines Tragens und Nichttragens gerät so völlig aus dem Blick. Das Kopftuch kann z. B. aus familiärem Zwang heraus getragen werden. Es kann aber auch eine Möglichkeit sein, familiärem Zwang zu entkommen. Die Belegung des Kopftuches mit stereotypen Deutungen wird dem nicht gerecht.

Das Kopftuch wird, neben der Klassenfahrt in der Schule, Speisegeboten und dem Schächten, von einigen muslimischen Gruppen, wie z. B. Millî

Görüş, bewusst politisch und juristisch benutzt, um auf dem Boden des Grundgesetzes und mit Hilfe von Gerichten aktiv das Recht auf Differenz auszuloten. Dieses affirmative Verständnis von Grundrechten für eine sichtbar im öffentlichen Raum gelebte und gezeigte Religion sorgt für enorme Irritation in einer Gesellschaft, die Religion dezidiert zu einer Privatsache gemacht hat, die sich nur punktuell und sehr geregelt in der Öffentlichkeit zeigen darf. Hier hat der Islam in der europäischen Diaspora womöglich einen spezifischen Beitrag zur europäischen Debatte über Werte und Normen zu leisten.

Deutlich wird, dass in den letzten vierzig Jahren ein pluralistisches, komplexes und ausdifferenziertes islamisches Feld in Deutschland entstanden ist, das in seiner bunten Vielfalt weder von der Politik noch von Öffentlichkeit hinreichend wahrgenommen wird. Auch die Forschung nimmt diese Phänomene erst seit jüngster Zeit zur Kenntnis. Religion zeigt sich – zumindest für einen Teil der bei uns lebenden Migranten muslimischen Glaubens – als eine wesentliche Komponente ihrer individuellen wie kollektiven Identität. Als solche kann sie einen entscheidenden Beitrag zur Integration von Individuen wie Gruppen leisten. Erforderlich ist dafür allerdings, Stereotypen über „den Islam“ kritisch zu befragen und auf eine generelle Stigmatisierung von Muslimen zu verzichten. Dies bedeutet noch lange nicht, unkritisch gegenüber radikalen Ideologien oder unterdrückenden Praktiken bei Muslimen zu sein.

Literatur:

Abdullah, Muhammad Salim (1981): *Geschichte des Islams in Deutschland*. Graz, Wien, Köln: Styria.

Deutscher Bundestag (Hg.) (2000): Drucksache 14/4530, 08.11.2000, *Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Jürgen Rüttgers, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Wolfgang Zeitlmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/2301 – Islam in Deutschland*.

Jonker, Gerdien (2002): *Eine Wellenlänge zu Gott. Der »Verband der Islamischen Kulturzentren« in Europa*. Bielfeld: transcript.

Salvatore, Armando/Amir-Moazami, Schirin (2002): Religiöse Diskurstraditionen. Zur Transformation des Islam in kolonialen, postkolonialen und europäischen Öffentlichkeiten, in: *Berliner Journal für Soziologie* 12/3, pp. 309-330.

Schiffauer, Werner (2000): *Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland. Eine Studie zur Herstellung religiöser Evidenz*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. (st 3077)

Seufert, Günter (1999): Die Türkisch-Islamische Union der türkischen Religionsbehörde (DİTİB). Zwischen Integration und Isolation, in: *id.* und Jacques Waardenburg (eds.), *Turkish Islam and*

Europe/Türkischer Islam und Europa. Stuttgart: in Kommission bei Franz Steiner, pp. 261-293.

Tezcan, Levent (2003): Das Islamische in den Studien zu Muslimen in Deutschland, in: *Zeitschrift für Soziologie* 32/3, pp. 237-261.

Thielmann, Jörn (2005): The Shaping of Islamic Fields in Europe – A Case Study in South-West Germany, in: Sigrid Nökel, Levent Tezcan (eds.): *Islam and the New Europe. Continuities, Changes, Confrontations.* Bielefeld: transcript, pp. 152-177.

Autor:

Dr. Jörn Thielmann ist Islamwissenschaftler und geschäftsführender Leiter des Kompetenzzentrums Orient-Okzident Mainz (KOOM) an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er arbeitet seit einigen Jahren an einem Habilitationsprojekt zu muslimischem Leben in Deutschland.

Kontakt: www.koom.org

Aktuelle Publikation: Glasze, Georg/Thielmann, Jörn (Hg.): „Orient“ versus „Okzident“? Zum Verhältnis von Kultur und Raum in einer globalisierten Welt, Mainz 2006 (Preis: 15,- €).

Bestellung: Geographisches Institut, Dr. Georg Glasze, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, 55099 Mainz, Fax: 0 61 31 / 3 92 47 36.

Der sog. Karikaturenstreit erhitzt auch in der Bundesrepublik Deutschland die Gemüter, wird in den Medien, auf der Straße, beim Karneval thematisiert und wird häufig in einem Atemzug mit dem vermeintlichen „Kampf der Kulturen“ und der notwendigen Verteidigung der Pressefreiheit, gar der Demokratie genannt. Aber ist die Pressefreiheit in der Bundesrepublik oder anderen europäischen Staaten gefährdet, steht die Demokratie auf dem Spiel, wenn in Jakarta, in Teheran oder in Kabul Muslime Fahnen anzünden und Botschaften stürmen? Es geht hier nicht um eine Verharmlosung der Übergriffe und Anschläge von aufgebracht (und z. T. aufgehetzten) Muslimen, es gibt keine Legitimation von Mordaufrufen gegen Journalistinnen und Karikaturisten. Aber der aktuelle bundesdeutsche Diskurs beschwört den „Kampf der Kulturen“, dramatisiert die Gefahren, schürt Feindbilder und polarisiert die Gesellschaft zwischen vermeintlich christlichen, zivilisierten, demokratischen, toleranten ... Christinnen und Christen einerseits und gewalttätigen, aufgehetzten, irrationalen, intoleranten und mittelalterlichen Muslimas und Muslimen andererseits. Diese Dichotomisierung ist nicht nur unangemessen, sie ist für eine Einwanderungsgesellschaft gefährlich, weil sie Vorurteile schürt, Benachteiligungen festschreibt und Rassismus legitimiert.

Notwendige Differenzierungen: Der Karikaturenstreit im bundesdeutschen Migrationsdiskurs

Anne Broden

Die Pressefreiheit ist in der Bundesrepublik Deutschland durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt. Dennoch gilt sie nicht uneingeschränkt. So ist beispielsweise die Leugnung des Holocaust in Deutschland gesetzlich verboten. Das Gleiche gilt für die Veröffentlichung nationalsozialistischer Symbole, beispielsweise des Hakenkreuzes. Diese Einschränkungen werden nicht ernsthaft in Frage gestellt, niemand – sehen wir einmal von Rechtsextremen ab – findet dies problematisch, und dass sich die Holocaustleugner Ernst Zündel in Mannheim und David Irving in Wien aktuell vor Gericht wegen ihrer öffentlichen Leugnung der Shoah zu verantworten haben, wird vom Gros der interessierten Öffentlichkeit begrüßt.

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, doch kann sie auch immer wieder eine Zumutung darstellen. So sind Demonstrationen Rechtsextremer, die öffentliche Zur-Schau-Stellung ihrer Symbole, ihr Getöse, ihr Trommelwirbel besonders für überlebende NS-Opfer und deren Nachkommen sowie für potenzielle Opfer rassistischer Attacken (Migrantinnen und Migranten, aber auch Obdachlose, Schwule ...) eine ans Unerträgliche grenzende Anmaßung einer Demokratie, die der freien Meinungsäußerung ggf. einen höheren Wert beimisst als den Ängsten der realen und potenziellen Opfer. Aus gutem Grund gibt es deswegen auch immer wieder Diskussionen über die Zulässigkeit von rechtsextremen Aufmärschen. Wenn es m. E. Rechtsextremen aufgrund des Rechts der freien Meinungsäußerung grundsätzlich erlaubt sein muss, durch die Straßen der Republik zu ziehen, so halte ich eine Einschränkung dieser Demonstrationsfreiheit an bestimmten Tagen, z. B. dem 27. Januar, oder in der Nähe von Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen für legitim und notwendig. Um diese Begrenzung von Meinungsfreiheit wird im Einzelnen zu debattieren sein, weil die Menschen die Grenzen dessen, was akzeptabel ist und was nicht, sehr unterschiedlich verorten. Der gesellschaftliche Diskurs über diese Grenzziehung ist ein wesentlicher Aspekt einer lebendigen Demokratie und muss deswegen nicht gescheut, sondern gefördert werden. Die Einschränkung von Meinungsfreiheit steht also nicht zwangsläufig im Gegensatz zur Demokratie, sie kann vielmehr als Indiz für die Anerkennung von Opfern gewertet werden, als ein Hinweis auf die Wahrung von Menschenwürde, als ein Recht auf unverletzliche Integrität der Subjekte. Individuen zu schützen – auch vor den Interessen einer vermeintlichen Mehrheit, ist die vornehmste Aufgabe einer jeden Demokratie.

In der Bundesrepublik ist es üblich, dass auch in den Medien nicht alles geschrieben und gesagt wird, was geschrieben und gesagt werden könnte. Die hiesigen Medien sind wesentlich zurückhaltender im Waschen der privaten „dreckigen Wäsche“ von Politikerinnen und Politikern, als wir es beispielsweise aus der englischen (Boulevard-) Presse kennen. Niemand würde behaupten, dass deswegen dem Informationsrecht der Bundesbürgerinnen und -bürger nicht angemessen nachgekommen würde. Die Gefühle Anderer werden also durchaus als schützenswertes Gut anerkannt.

Allerdings wird die Integrität von Individuen und Gruppen auch immer wieder verletzt. Seltener, wenn es um die Reichen, Schönen und Mächtigen geht – nicht zuletzt wohl aufgrund der Tatsache, dass diese sich juristisch wirkungsvoll gegen üble Nachrede und Verleumdung zur Wehr zu setzen wissen –, häufiger allerdings, wenn es um Minderheiten in diesem Land geht, die oftmals nicht über die finanziellen Mittel, Kenntnisse der eigenen Rechte und das Prestige verfügen, die Zeitung, den Sender etc. zu verklagen oder zumindest Gegenöffentlichkeit herzustellen. Antisemitische Karikaturen, rassistische Berichterstattung, sexistische Darstellungen – immer wieder sind die Betroffenen entsetzt über Bilder und Worte, die verletzen, demütigen, erniedrigen. Hier wird die Anerkennung der Anderen nicht gewährt, über sie darf scheinbar hergezogen werden, sie sind Opfer von Diffamierungen und vermutlich nehmen viele Mehrheitsangehörigen, die eben nicht zu Objekten dieser Berichterstattung herabgewürdigt werden, diese Diffamierungen nicht einmal wahr.

In diesem Kontext ist auch die Irritation in Deutschland und Westeuropa über die Empörung muslimischer Männer und Frauen, die nicht nur lauthals, sondern auch gewalttätig reagieren, zu analysieren. Dass diese Gewalttaten nicht durch die teilweise unwürdigen, rassistischen Karikaturen zu legitimieren sind, muss nicht weiter erläutert werden. Erläuterungsbedürftig erscheint mir hingegen die bundesdeutsche Debatte um diesen Karikaturenstreit; bemerkenswert ist m. E. die als „politisch korrekt“ bewertete Solidarität mit Dänemark, die sich u. a. in dänischen Flaggen, die aus Fenstern in Berlin wehen, zeigt. Was hat diese Solidaritätsbekundung mit politischer Korrektheit zu tun? Bedarf Dänemark unserer Solidarität? Warum solidarisiert sich niemand mit den in der Bundesrepublik lebenden diffamierten Menschen islamischen Glaubens, die sich durch die Karikaturen in ihrer religiösen Integrität verletzt sehen und nicht gewalttätig, sondern sogar schlichtend agieren? Warum wird die religiöse Integrität von Menschen, die in diesem Land eine kleine Minderheit darstellen, auf dem Altar der Pressefreiheit geopfert? Muss man also doch alles tun, was man darf, nur um sich seiner Privilegien und Rechte zu vergewissern?

Die Karikaturen sind aus islamischer Sicht Gotteslästerung, weil sie Mohammed abbilden, der nach islamischem Glauben nicht abgebildet werden darf. Entscheidender für unseren Diskurs ist m. E. jedoch die Tatsache, dass manche von ihnen rassistisch sind, weil sie Mohammed bzw. den Koran verantwortlich für den aktuellen Terror machen (Karikatur: Mohammed trägt anstelle eines Turban eine Bombe), weil sie Mohammed als einen gesuchten Delinquenten darstellen (Karikatur: europäisch gekleideter Mann soll Mohammed durch ein Spiegelglas identifizieren, scheitert aber daran, weil die Personen hinter dem Spiegel alle einen Turban oder turbanähnliche Frisuren tragen), weil Mohammed als gewalttätig dargestellt wird (Karikatur: Mohammed mit Krummsäbel in der Hand) usw. Diese Karikaturen sind meistens nicht amüsant noch ironisch, sie sind zumindest teilweise rassistisch. Warum also Solidarität mit einer Zeitung, die herabwürdigende Karikaturen veröffentlicht? Warum das Insistieren auf Pressefreiheit, wo doch niemand in Dänemark oder der Bundesrepublik diese Pressefreiheit in Frage stellt? Pressefreiheit und Demokratie sind in diesem Land nicht gefährdet, nur weil in weit entfernten Ländern aufgehetzte und z. T. staatlich organisierte Menschen dänische, deutsche und andere Flaggen anzünden und Botschaften stürmen. Pressefreiheit wird auf der ganzen Welt vom Innern des jeweiligen Staates gewährt oder unterdrückt, nicht von außen. Die seltsam anmutenden Solidaritätsbekundungen mit Dänemark, die Hysterie in Bezug auf die angebliche Gefährdung der Pressefreiheit, die generelle Diffamierung von Menschen muslimischen Glaubens, die Betonung der eigenen freiheitlichen Grundordnung, der vermeintlich toleranten Gesinnung und Demokratiefähigkeit (immer einhergehend mit dem Absprechen all dieser Merkmale bei Muslimas und Muslimen); all die im gegenwärtigen Diskurs um Karikaturen und Pressefreiheit einhergehenden Stereotype lassen einer Überheblichkeit, Arroganz und Borniertheit freien Lauf, die auf mich beängstigend wirkt, weil sie menschenverachtend und rassistisch ist.

Anhand einer Bildmontage möchte ich exemplarisch den aktuellen Medienkurs beleuchten. Diese Bildmontage war eingebunden in einen Zusammenschnitt von verschiedenen Filmsequenzen über demonstrierende und gewalttätige Muslime in aller Welt. Der Film selbst wurde zu Beginn der Talkshow „Sabine Christiansen“ am 5. Februar 2006 gezeigt und als thematische Einführung zur Diskussion um den Karikaturenstreit gezeigt.

Eingeleitet und abgeschlossen wurden die einzelnen filmischen Sequenzen immer wieder von einem Bild, das das christliche Kreuz und einen Krummsäbel über einem lodernden Feuer zeigte,

begleitet von der immer wiederkehrenden Frage, ob nun der „Kampf der Kulturen“ ausgebrochen sei. Auch wenn dieser Begriff immer in eine Frage gekleidet war, so führte die ständige Wiederholung zu einer Beschwörung eben dieses „Kulturkampfes“. Das Feuer, über dem Kreuz und Säbel tanzten, unterstrich visuell die Suggestion der Gefahr: „es“ brennt. Aber was oder wo brennt es? In Deutschland? In Westeuropa? Im christlichen Abendland? Interessant auch die Gegenüberstellung von Kreuz und Krummsäbel. Auf der symbolischen Ebene hätte das christliche Kreuz als Gegenüber den islamischen Halbmond erwarten lassen, aber der Islam wurde dargestellt durch einen Säbel. Und da die Zuschauenden seit Jahren mit Bildern gewalttätiger Muslime konfrontiert werden, wurde dieses Bild verstanden.

Warum aber überhaupt die Gegenüberstellung Christentum und Islam, geht es hier um einen Religionsstreit? Das christliche Kreuz wurde wohl als Synonym für das christlich geprägte Abendland, das sich angeblich im Kampf mit der islamischen Welt befindet, ausgesucht. Interessant ist diese Symbolik aus verschiedenen Gründen:

Zum einen wird Deutschland/Europa immer noch als christlich interpretiert. Mit dieser Wahrnehmung und Darstellung werden all diejenigen, die sich nicht als Christinnen und Christen sehen, ausgeschlossen. Agnostiker, Jüdinnen, Buddhisten, Atheistinnen und Indifferente gehören also nicht hier hin. Aber wohin gehören sie? Wird ihnen demnächst der Pass entzogen? Wohin werden sie ausgewiesen? Oder dürfen sie bleiben, wenn sie sich nur ruhig verhalten?

Zum anderen suggerieren die vermeintlichen Antagonismen Kreuz und Schwert, dass das Christentum eben nicht gewalttätig agiere, sondern friedlich und die reine Liebe verkörpere. Diese Darstellung reduziert die Geschichte des Christentums um drei Kreuzzüge, christlichen Antijudaismus, Inquisition, Zwangsmisionierung, Kollaboration der Kirche bei der Eroberung Lateinamerikas und mehrheitlichem Schweigen zu den Verbrechen des Nationalsozialismus. Diese Geschichte hat Millionen von Menschen das Leben gekostet, Millionen wurden versklavt, gedemütigt oder lebten in ständiger Gefahr vor den brutalen Übergriffen der christlichen Umwelt (z. B. Pogrome, verursacht u. a. durch christlichen Antisemitismus).

Interessant auch, dass sich die Verantwortlichen einer deutschen Talkshow, gut 60 Jahre nach Weltkrieg und Genozid, zutrauen, Deutschland und die Deutschen, die als Teil des vermeintlich christlichen Abendlandes durch das Kreuz symbolisch mit vertreten werden, als Pendant zum Säbel darzustellen. Das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland steht einer jungen Vergangenheit gegenüber, die millionenfachen Mord implizierte. Es entspricht zwar dem Mainstream des Vergessens (das sich allzu gerne

der eigenen Opfer erinnert, nicht aber das derer, die durch den Nationalsozialismus ums Leben kamen oder unendliches Leid erfuhren), wenn die Bundesrepublik Deutschland als demokratisches, friedliches Land dargestellt wird, doch spricht eben die jüngste Vergangenheit dieses Landes auch eine ganz andere Sprache. Aus diesem Grund erscheint mir auch die Debatte um die „deutsche Leitkultur“ so absurd. Die Reduzierung „deutscher“ Kultur auf Goethe, Schiller und Kant ist eben eine Reduktion dieser Kultur auf willkürlich herausgesuchte – weil genehme – Elemente, die aber die grausamen und unheilvollen Facetten eben dieser Kultur und Geschichte unterschlägt. Dass die „Leitkultur“ mit ihren vermeintlich positiven Akzenten dennoch immer wieder bemüht wird, führt zu einer Dichotomisierung: Hier die christliche, aufgeklärte, demokratische, friedliche, tolerante und fortschrittliche deutsche (respektive europäische) Gesellschaft, dort die fanatischen, unaufgeklärten, unterdrückten und unterdrückenden, gewalttätigen, mittelalterlichen Muslimas und Muslime. Diese Dichotomisierung in „wir“ und „sie“ bezieht sich aber nicht nur auf „uns“, die Menschen, die hier in der Bundesrepublik leben, und „sie“, die in der arabischen Welt beheimatet sind, diese Trennung in „wir“ und „sie“ spaltet auch das Einwanderungsland Deutschland. Das „wir“ ist gekennzeichnet durch angebliche Zugehörigkeit und die charakterlichen Merkmale dieser Zugehörigen wie demokratisch, tolerant, emanzipiert etc., während das „sie“ auf die Eingewanderten, die vermeintlich nicht dazu Gehörigen, die nicht demokratischen, toleranten und emanzipierten Einwanderinnen und Einwanderer aus der Türkei und aus anderen islamischen Ländern abzielt.

Das Phänomen ist nicht neu; Migrantinnen und Migranten wurden in der Bundesrepublik Deutschland nie willkommen geheißen und Einwanderinnen und Einwanderer aus der Türkei oder islamischen Staaten haben dies in den vergangenen Jahren besonders deutlich zu spüren bekommen. Dennoch meine ich eine Verschärfung wahrzunehmen, eine offensichtliche Lust an der Auseinandersetzung, die sich m. E. dadurch speist, dass sie mit simplen Überlegenheitsgefühlen bzw. der Diffamierung und Diskriminierung einer hierzulande machtlosen Minderheit einhergeht, der „man“ immer schon mal sagen wollte, wo „sie“ hingehört. Mit „Chronik eines erhofften Streits“ war ein Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 25. Februar überschrieben, und diese Überschrift entspricht meiner Wahrnehmung. Als hätte die bundesrepublikanische Gesellschaft nur darauf gewartet, den Muslimas und Muslimen endlich mal sagen zu können, wo es lang geht; als seien die Unterdrückten endlich gegen ihren Unterdrücker aufgestanden, um sich zu wehren - so gerieren sich weite Teile der bundesrepublikanischen (und westeuropäischen) Gesellschaft, vor allem Vertre-

terinnen und Vertreter der Medien, die meinen, die Pressefreiheit verteidigen zu müssen, aber auch die Menschen an den Stammtischen, auf der Straße, im Karneval. Verkehrte Welt: Die mit mehr oder weniger Macht ausgestatteten Mehrheitsangehörigen stilisieren sich als Opfer, während diejenigen, die realiter allzu oft Opfer alltagsrassistischer Handlungen und/oder institutioneller Diskriminierung sind, als Täterinnen und Täter diffamiert werden.

Autorin:

Anne Broden ist Projektleiterin des IDA-NRW.

Stellungnahmen verschiedener deutscher muslimischer Verbände zu den Karikaturen*

Zentralrat der Muslime

www.zentralrat.de/

Alevitische Gemeinde Deutschland

www.alevi.com/pressemeldung+M5e4e88a947b.html

Initiative Berliner Muslime (Mitglieder sind: Die islamische Gemeinschaft in Berlin e. V., Inssan e. V., Islamisches Kultur- u. Erziehungszentrum e. V. und die Muslimische Jugend in Deutschland)

[www.mjd-](http://www.mjd-net.de)

net.de:8080/opencms/export/mj/ueberUns/presse/ibmusKarikaturenMuhammadSas.html

Hintergrundinformationen zum Karikaturenstreit und zum Islam*

Informationsseiten der Bundeszentrale für politische Bildung:

www.bpb.de/themen/NNAABC,0,Konfliktstoff_Kopftuch.html

www.bpb.de/themen/XRYROA,0,0,Der_Islam.html

www.bpb.de/themen/XPDKPC,0,Karikaturenstreit_ eskaliert_.html

Internetportal der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), der Deutschen Welle (DW), des Goethe-Instituts (GI) und des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa)

www.qantara.de/webcom/show_softlink.php?wc_c=300&wc_lkm=-1

Informationen des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes (REMID)

www.religion-online.info/

www.migration-religion.net/

Handbuch interreligiöser Dialog der Studiengruppe MUREST

www.alevi.com/pressemeldung+M5e8253d25fc.html

*Zusammengestellt von Birgit Jagusch, IDA e. V.

Wir brauchen den kritischen Dialog und keine Polarisierung

Rudolf Leiprecht und Helma Lutz

Der offene Brief (Die Zeit 2.2.2006), verfasst von Yasemin Karakaşoğlu und Mark Terkessidis, unterschrieben von 58 weiteren Migrationsforscherinnen und Migrationsforschern, hat offenbar einen Nerv getroffen. In Windeseile haben sich Journalistinnen und Journalisten der Tagespresse dazu geäußert; meistens waren die Reaktionen polemisch und abwertend, bis hin zu offenen Diffamierungen.

Der Brief hatte darauf hingewiesen, dass die Debatte über den Islam in Deutschland, die in der Regel gleichzusetzen ist mit einer Debatte über die türkischen Einwanderer, nicht auf der Basis von differenzierten wissenschaftlichen Erkenntnissen geführt wird, sondern sich auf Boulevardliteratur stützt, die in den deutschen Bestsellerlisten als Sachbücher firmieren. Da sie aus authentischem Munde kommen, in diesem Fall von türkischen Frauen geschrieben sind, so die Kritik, wird ihnen mehr Autorität zugemessen als den zahlreichen Untersuchungen, die zu anderen, sehr viel differenzierteren Aussagen kommen. Darüber hinaus wurde der Autorin Necla Kelek vorgeworfen, wissenschaftlich unseriös zu arbeiten.

Als zwei dieser als „Islamisten-Freunde“ (Alice Schwarzer, FAZ), als „Gefährliche Gutmenschen“ (Mariam Lau, Die Welt), als „Zwangsheiratschwindler“ (Jürgen Kaube, FAZ) und als „so genannte Migrationsforscher“ (FR/FAZ) abgewerteten Unterzeichner melden wir uns hier zu Wort. Uns geht es im Wesentlichen um eine Reflexion der Reaktionen aus dem journalistischen Bereich und um die Frage, welche Erkenntnisse sich daraus für die Debatte über Einwanderung ergeben.¹ Dazu drei Thesen:

1. Die einseitige und verallgemeinernde Problematisierung von (islamischen) Eingewanderten wirkt sich negativ auf das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit aus und hat einen kontraproduktiven Effekt in Bezug auf die Integration.

Bei der Ausbildung von Berufsgruppen, die an sozialen Brennpunkten arbeiten, ist es immer wichtig, dass gelernt wird, konkrete Probleme und Gefahren ernst zu nehmen und auf ihre Ursachen hin zu befragen und trotzdem *nicht* auf mögliche Gesamteinheiten zu verallgemeinern. Wer in seiner Arbeit beispielsweise tagtäglich mit Opfern von Menschenhändlern aus der Ukraine zu tun hat, muss in der Lage sein, nicht in allen ukrainischen

¹ Wir haben versucht, diesen Beitrag zur Diskussion in der Tagespresse zu veröffentlichen. Es war nicht unerwartet, bei der FAZ (dort haben wir es zunächst versucht) auf kein Interesse zu stoßen, dass dies aber bei der SZ, der ZEIT und der FR nicht anders war, nicht einmal Interesse an einer gekürzten Version bestand, hat uns doch überrascht.

Männern potentielle Menschenhändler zu sehen. Dies muss leider ausdrücklich betont werden, da in unserer Gesellschaft unzulässige Verallgemeinerungen für *bestimmte* Gruppen an der Tagesordnung sind. Anders gesagt: Wer in einer psychosozialen Beratungsstelle mit vorwiegend ‚deutscher‘ Klientel arbeitet, wird kaum auf die Idee kommen, die feststellbaren Probleme auf die Gesamtheit der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu verallgemeinern (Franz Hamburger 2002). In einer Beratungsstelle mit vorwiegend ‚eingewanderter‘ Klientel scheint dies für viele irgendwie nahe liegender zu sein, so dass in der Ausbildung davor gewarnt werden muss. Woher kommt diese Tendenz zur unzulässigen Verallgemeinerung, und - vor allem - welche Auswirkungen kann sie haben?

Eine junge Kollegin (Barbara Schramkowski 2006) beendete vor kurzem eine qualitative Untersuchung. Sie hatte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beratungsstellen und Migrationsdiensten u. a. darum gebeten, ihr junge Eingewanderte zu vermitteln, die von den Fachkräften als „besonders gut integriert“ angesehen wurden. Mit diesen jungen Eingewanderten führte sie Interviews durch, und eigentlich wollte sie feststellen, welche Gründe es dafür gab, dass die jungen Leute soweit gekommen waren. Zu ihrem Erstaunen stellte sie fest, dass die meisten der Befragten zwar allesamt nach den üblichen Kriterien (Bildungserfolg, Berufsaussichten, Beherrschung der deutschen Sprache, Staatsangehörigkeit etc.) „gut integriert“ waren, sich selbst jedoch keineswegs „als integriert“ betrachteten. Die alltäglich spürbaren Trennlinien zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die kleinen Sticheleien, die seltener erlebten größeren Beleidigungen und Bedrohungen, die öffentlichen Diskurse, die gesellschaftliche Probleme wie Kriminalität und Arbeitslosigkeit allzu oft mit Einwanderung und Eingewanderten in Verbindung brachten, all dies vermittelte ihnen den Eindruck, eigentlich doch nicht ‚richtig‘ dazuzugehören. Irgendwie schien das Integrationsangebot nur auf Abruf und nur unter Vorbehalt (Margret Jäger/Heiko Kauffmann 2002/2004) zu gelten: Wenn sie arbeitslos werden würden, so ihre Vermutung, dann gehörten sie aus der Sicht vieler Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft eben nicht zum deutschen Arbeitslosenproblem, sondern würden plötzlich zu arbeitslosen Ausländern, zu einem Ausländerproblem. Ein unangenehmes Lebensgefühl für die jungen Eingewanderten, das die Zukunft hierzulande unberechenbar macht. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, dass gerade diese Gruppe der Eingewanderten ihr Glück in einem anderen Land suchen könnte. Eine solche Abwanderung wäre als Niederlage der bisherigen Integrationspolitik zu charakterisieren.

Nun handelt es sich hier um eine *qualitative* Forschungsarbeit, d. h. um eine Untersuchung, die

nicht in die ‚Breite‘ geht und eine große Zahl von Befragten erfasst, sondern um eine Untersuchung von Einzelfällen, die sehr präzise und im Detail Phänomene, Mechanismen und Wirkungszusammenhänge aufschlüsselt. Es können hier also keine quantitativ verallgemeinerbaren Aussagen auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe gemacht werden. Dennoch ist es nützlich, sich die Frage zu stellen, ob es sein kann, dass auch die Berichterstattung in den Medien zu einem solchen Lebensgefühl beiträgt? Betrachtet man die Untersuchungen von Mediendiskursen, dann muss man leider konstatieren, dass genau dies in aller Regel der Fall ist. Zwar handelt es sich bei den Nachrichten und Presseberichten um keinen monolithischen Block und sind jeweils Gegenstimmen zu finden, dennoch überwiegen insgesamt die stereotypisierenden und problemorientierten Botschaften. Vor allem die unzulässigen Verallgemeinerungen und unterlassenen Klarstellungen lassen die Lektüre von Tageszeitungen und den ‚Genuss‘ von Talkshows für Eingewanderte oft zu einem unangenehmen Erlebnis werden.

Wir wollen damit nicht suggerieren, dass über reale Probleme nicht berichtet werden sollte. Im Gegenteil. Die üblichen Dichotomisierungen allerdings taugen dazu nicht: Dabei werden zwei konträre Gruppen konstruiert, wobei beide Seiten als *einheitliche* und *unveränderbare* Größen dargestellt werden. Eine Seite wird zum Thema gemacht, indem ihr alle negativen Merkmale zugeschrieben werden, und die andere Seite bleibt gleichsam unthematisiert im Verborgenen; für sie wird gewissermaßen im Umkehrschluss implizit das positive Gegenteil behauptet. Über Kräfteverhältnisse und Bewegungen wird auf beiden Seiten der vereinheitlichenden Konstruktion nicht mehr geredet. Solche Dichotomisierungen lassen sich überall auf der Welt und in allen gesellschaftlichen Gruppen beobachten. Entscheidend ist, wer mit welcher Wirkungsmächtigkeit welche Dichotomisierungen in einer Gesellschaft durchsetzen kann. Klar ist: Wer nicht polarisieren, sondern differenzieren und ernsthaft sich um Problemlösungen kümmern will, darf solche Dichotomisierungen nicht benutzen.

2. (Feministische) Simplifizierungen und Polarisierungen werden weiblichen Lebenswelten unserer Einwanderungsgesellschaft nicht gerecht.

Die Polemik von Alice Schwarzer, die in ihrer Antwort (FAZ 11.2.2006) zu diffamierenden Stilmitteln greift, hat den Islam als Feind der Frauen (-bewegung) nicht zum ersten Mal thematisiert. Seit Anfang der 1990er Jahre hat sie sich in zahlreichen Artikeln, Kolumnen, Themenheften in der ‚Emma‘ und in Tageszeitungen in ähnlicher Weise geäußert. Ihre Argumentation folgt einem dichotomisierten Muster, das in ihren Texten schon immer grundständig war: Frauen werden weltweit vom Patriarchat unterdrückt; potentiell sind sie immer

Opfer von Männergewalt und männlicher Interessespolitik. Daraus abgeleitet wird ein Blick auf die Welt, der Frauen der Opferseite und Männer der Täterseite zuordnet. Ausgeblendet werden dabei alle anderen sozialen Platzanweiser (Klasse, Ethnie, Generation, Behinderung etc.), die über das soziale Geschlecht hinausgehen. Nun hat die Frauenbewegung unsere Republik in der Tat verändert, da sie auf die Nichteinhaltung des Versprechens unseres Grundgesetzes, Artikel 2 (Männer und Frauen sind gleichberechtigt) aufmerksam gemacht und die Veränderung bestehender geschlechtsspezifischer Ungleichheiten angemahnt hat. Alice Schwarzers Beitrag zur Debatte, die diese Veränderungen ausgelöst hat, ist beachtlich und soll hier keineswegs unterschlagen werden. Doch folgt man Schwarzers Analysen in den letzten 15 Jahren, dann fällt auf, dass sie das generalisierte Feindbild Mann spezifiziert hat: Heute geht es um das Feindbild muslimischer Mann.

Bereits das im April 1990 erschienene Heft der ‚Emma‘ zum ersten Golfkrieg beschäftigte sich mit der islamischen Welt sowie mit den muslimischen Migranten in Deutschland unter dieser Perspektive. Das Heft, in dem Fotos von türkischen Männern und Jugendlichen - mit geschächteten Schafen in ihrer Blutlache abgebildet - die Artikel ergänzten, die von der Schreckensherrschaft türkischer Männer berichteten, wurde damals wegen seiner suggestiven und aggressiven Bildsprache von Migrantinnen scharf kritisiert. Nach einer Redaktionsbesetzung wurde zum Boykott der ‚Emma‘ aufgerufen. Die Kritik, die zu keinem Zeitpunkt bestritten hat, dass es Unterdrückung und Missbrauch von Frauen auch in den Migrantengemeinschaften gibt und dass Unterstützungsangebote für die Betroffenen außerordentlich wichtig sind, hat schon damals darauf verwiesen, dass die Darstellung des weiblichen Lebenszusammenhangs von Migrantinnen sich nicht auf diese Extreme beschränken darf. Vor allem wurde angemahnt, die gesellschaftliche Benachteiligung von Migrantinnen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt zu thematisieren, denn die Vernachlässigung dieser Aspekte könne der Integration nicht förderlich sein. Die Erkenntnisse der zahlreichen Bildungs- und Arbeitsmarktstudien haben seither immer wieder bestätigt, dass Migrantinnen (und Migranten) zu den Personengruppen gehören, die am Stärksten von Armut betroffen sind und im Bildungssystem wenig Unterstützung erfahren, eine Tatsache, die vor allem das Ergebnis des Scheiterns der deutschen Institutionen denn als Folge der so genannten Kultur der Eingewanderten zu betrachten ist.

In der Berichterstattung der deutschen Medien haben diese Erkenntnisse leider wenig Spuren hinterlassen. Im Laufe der Jahre, insbesondere beim ‚Kopftuchstreit‘, hat Frau Schwarzer, aber nicht nur sie, das dichotome Berichterstattungsmuster

verstärkt und ausgebaut. In den immer wieder bedienten Verschwörungsszenarien werden wir alle von islamistischen Männerbünden bedroht, die dabei als ‚willenlose Werkzeuge‘ Kopftuch tragende Frauen wie etwa Frau Ludin benutzen. Dass dabei den Kopftuch tragenden und religiös orientierten Migrantinnen jede Subjektposition abgesprochen wird, ist in diesem Streit weitgehend untergegangen. Frauen werden ausschließlich als Marionetten von Männergewalt betrachtet. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Bücher von Necla Kelek, Ayaan Hirsi Ali und Seyran Ates als die wahren, authentischen Berichte der muslimischen Lebenswelt gefeiert und zu Sachbüchern stilisiert werden und nicht als *Selbstdokumente*, die *eine* Interpretation *unter anderen* zum Ausdruck bringen, wahrgenommen werden.

Versuche von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, diese einseitige Wahrnehmung aufzubrechen und auf die gefährlichen Mechanismen der Reproduktion von Stereotypen und Verallgemeinerungen hinzuweisen, scheitern an der Anziehungskraft dieser Bücher, die auf gefestigte Vorurteile treffen und das Bedürfnis nach Eindeutigkeit und Vereindeutigungen bedienen. Nicht die Tatsache, dass die Autorinnen dieser Bücher Missstände anklagen, ist das Problem, sondern die Generalisierung, die dort vorgenommen wird und die einseitige Berichterstattung darüber, die viele Journalistinnen und Journalisten daraus ableiten. Das Prinzip der feministisch polarisierten Bewertung, das in der Geschlechterforschung fallen gelassen wurde, weil es der Komplexität der Geschlechterverhältnisse in unserer Welt nicht gerecht wird, taugt auch nicht für die Be- oder Verurteilung der Lebensweisen von Eingewanderten. Der Topos der türkischen Migrantin als Opferfigur ist keineswegs neu, sondern existiert in der bundesdeutschen Debatte bereits seit den 1970er Jahren und wurde in dieser Zeit auch immer wieder wissenschaftlich kritisiert und relativiert (u. a. in zahlreichen Veröffentlichungen von Helma Lutz). Wenn wir heute feststellen müssen, dass nicht die Kritik, sondern die Verfestigung der Einseitigkeit in der Öffentlichkeit willkommen ist, dann kann vermutet werden, dass dies auch Ausdruck fehlender Bereitschaft (oder Kompetenz?) ist, mit religiöser und kultureller Heterogenität unserer Gesellschaft umzugehen. Die Traditionslinien, die Homogenität erzeugen wollen, indem sie das Anderssein der so genannten Anderen skandalisieren, sind offenbar auch heute noch wirksam.

3. Skandale haben einen hohen Marktwert - das problematische Verhältnis zwischen Journalismus und Forschung muss dringend verbessert werden. Auch der Journalist Harry Nutt geht in seiner Reaktion auf den offenen Brief (siehe FR 9.2.2006) nicht etwa auf die Vorwürfe ein, sondern betrachtet das Ganze aus der Vogelperspektive als einen „Kampf um Deutungshoheit“, in dem sich, so Nutt,

Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen und Sachbuchautorinnen gegenüberstehen und sich zwischen ihnen ein Streit um die besseren Erklärungskonzepte entfacht habe. Diese Darstellung lässt nun aber die Rolle von Journalisten völlig aus dem Spiel, die ja darauf hingewiesen wurden, dass sie einseitige Sympathien für eine dieser beiden Seiten pflegen und vermarkten. Und gerade die Marktgesetze, die Produktionswelten der Medien und ihrer Akteure werden so eben nicht thematisiert. Verschleiert wird damit die Macht der Medien bei der Frage, welchen Autorinnen und Autoren Deutungshoheit erteilt oder abgesprochen wird - und genau hier liegt das Problem des Umgangs zwischen Wissenschaft und Journalismus. Im Prinzip könnten sie einander ergänzen, denn die Medien benötigen Fakten und die Wissenschaft kann ihre Arbeiten nur dann einem breiten Publikum zugänglich machen, wenn in den Medien darüber berichtet wird. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist dieses Verhältnis in Deutschland allerdings schlecht entwickelt. Dies liegt zum einen daran, dass die Universitäten sich wenig Mühe geben, die Forschungsergebnisse ihrer Angestellten bekannt zu machen, indem etwa Zusammenfassungen von Promotions- und Habilitationsarbeiten an die Presse gegeben werden. Zum anderen sind die Produktionsbedingungen und ‚Kulturen‘ der beiden Berufszweige so unterschiedlich, dass eine Verständigung kompliziert ist. Journalistinnen und Journalisten stehen im Tagesgeschäft unter Druck und bevorzugen deshalb Schriften, die für sie ‚zugänglich‘ sind. Die Forderung nach Zugänglichkeit widerspricht jedoch meist akademischen Fachdiskursen, die die Beherrschung der eigenen Fachsprache höher bewerten als die allgemeine Verständlichkeit. Zugabebeurmaßen gilt dies auch für Sozial- und Erziehungswissenschaften und eben auch für Bereiche von hoher gesellschaftlicher Brisanz, etwa für den Fachdiskurs über Migration.

Bei diesem Themenfeld muss zusätzlich noch bedacht werden, dass kaum ein anderes Thema so ideologisch besetzt und hochgradig emotional diskutiert wird. Auch Forschungsergebnisse geraten hier leicht zwischen politische Fronten und sind daher oft nicht eindeutig kategorisierbar. So kann es geschehen, dass vor allem die Arbeiten in den Medien rezipiert werden, die mit griffigen Metaphern arbeiten. Der Begriff ‚Parallelgesellschaft‘ etwa ist so ein Begriff, der mittlerweile Karriere gemacht und ein Eigenleben angetreten hat. Mit anderen Worten, auch diejenigen, die ihn kritisieren und mit den Ergebnissen ihrer Studien belegen, dass sich die Existenz so genannter Parallelgesellschaften nicht nachweisen lässt, benutzen ihn, um sich von ihm zu distanzieren. In dem Moment wird ihm aber potentiell auch wieder ein Realitätsstatus zugesprochen. Der Begriff ‚Parallelgesellschaften‘ tönt - wie die Schweizer sagen würden - für sich selbst; er muss nicht erklärt wer-

den, sondern ruft einseitige Assoziationen hervor; mittlerweile gehört er zum unhinterfragten Vokabular, das die Bedrohungsszenarien des gesellschaftlichen Verfalls nährt. Wer ihn nicht benutzt, läuft offenbar Gefahr, dass ihm Leserinnen und Leser abhanden kommen, gerade weil sich schlechte Nachrichten so gut verkaufen und unaufgeregte Berichte über muslimische Mädchen, die selbstbewusst auftreten, gute Bildungserfolge haben und von ihren Eltern unterstützt werden, sich nicht so gut für spektakuläre Schlagzeilen eignen.

Dieses Dilemma bedarf dringend der Bearbeitung. Beide Gruppen - Journalismus und Forschung - stehen in der öffentlichen Verantwortung. Es kann nicht das Ziel einer Debatte sein, so stark zu polarisieren, dass am Ende nur noch Ausschluss und Marginalität von Minderheiten steht, oder wie bereits beschrieben, dass diejenigen gehen oder sich zurückziehen, die dringend für einen differenzierten Dialog gebraucht werden. Für diesen Dialog hat noch niemand ein Patentrezept, darin sind sich beide Seiten einig. Ein Gespräch über die damit verbundenen Ambivalenzen und Dilemmata wäre ein erster Schritt zur gegenseitigen Verständigung.

Literatur:

Hamburger, Franz (2002). Migration und Jugendhilfe. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e. V. (Hg.). *Migrantenkinder in der Jugendhilfe*. München: SOS-Kinderdorf. S. 6-46.
 Jäger, Margret & Kauffmann, Heiko (Hg.) (2002/2004). *Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland*. Duisburg: DISS-Verlag.
 Schramkowski, Barbara (2006). *Integration unter Vorbehalt. Erfahrungen und Sichtweisen junger Erwachsener mit Migrationshintergrund*. Promotionsarbeit an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Veröffentlichung in Vorbereitung.

Vorabdruck des in Heft 2/2006 der Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“ erscheinenden Beitrags.

Autor/in:

Rudolf Leiprecht ist habilitierter Erziehungswissenschaftler und arbeitet als Hochschullehrer im *Interdisziplinären Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM)* an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.
 Helma Lutz, habilitierte Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, arbeitet an der Wilhelms-Universität Münster am Fachbereich Erziehungswissenschaften; zur Zeit ist sie als Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessorin für Internationale Frauen- und Genderforschung an der Stiftung Universität Hildesheim tätig.

Der offene Brief von Karakaşoğlu und Terkessidis: www.zeit.de/2006/06/Petition

Termine

Interkulturelle Kompetenz. Reflexionen über einen ambivalenten Begriff

Tagung

Termin: 05. - 07. April 2006

Ort: Heppenheim

Infos: Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, Ernst-Ludwig-Str. 19, 64646 Heppenheim, Tel: 0 62 52 / 93 06-0
info@haus-am-maiberg.de

TeamerInnenqualifikation zum „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“

Termin: 21. - 23. April 2006

Ort: Hütten

Infos: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt, Tel: 03 61 / 2 17 27-0,
baustein@dgb-bwt.de
www.baustein.dgb-bwt.de

Kompetenz: Interkulturell

Training

Termin: 24. - 28. April 2006

Ort: Hofheim am Taunus

Infos: Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), Christine Müller, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 9 44 85 29,
Christine.mueller@jugendsozialarbeit.de

Basiskenntnisse im Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht

Seminar für Fachkräfte der Jugendmigrationsdienste

Termin: 27. - 28. April 2006

Ort: Paderborn

Infos: Meinwerk Institut, IN VIA Akademie, Giersmauer 35, 33098 Paderborn, Tel: 0 52 51 / 29 08-39, b.hibbeln@meinwerk.de
www.meinwerk.de

Anti Bias – Ein erfahrungs- und prozessorientierter Ansatz in der Anti-Diskriminierungsarbeit

Seminar für pädagogische Fachkräfte und MultiplikatorInnen

Termin: 28. - 30. April 2006

Ort: HVHS Alte Molkerei Frille in Kooperation mit der Anti-Bias-Werkstatt Berlin

Infos: HVHS Alte Molkerei Frille, Mitteldorf 1, 32469 Petershagen OT Frille, Tel: 0 57 02 / 97 71,
info@hvhs-frille.de
www.hvhs-frille.de

Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft

Berufsbegleitende Weiterbildung für MitarbeiterInnen aus Jugendhilfe, Jugendarbeit und Schule

Termine: 28. – 29. April 2006, 16. – 17. Juni 2006, 07. – 08. Juli 2006, 27. – 28. Oktober 2006, 15. – 16. Dezember 2006, 09. – 10. Februar 2007

Ort: Stuttgart

Infos: Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg, Haussmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Tel: 07 11 / 21 55-2 04,

pjw@paritaet-bw.de , www.pjw-bw.de

TZI in der Fremde – ein Experiment

TZI Seminar in der Türkei

Termin: 31. August – 14. September 2006

Ort: Dalyan, Türkei

Infos: Gabriele Ballhausen, Hohe Warte 15, 45147 Essen, Tel: 02 01 / 73 01 53

gabriele.ballhausen@web.de

Nachrichten

Neue Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Ende 2006 laufen die bisherigen zwei Teile „entimon“ und „civitas“ des Programms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aus. Unter dem Titel „Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ soll ab 2007 ein neues Programm aufgelegt werden, das in seinen inhaltlichen und konzeptionellen Grundlagen derzeit beraten und voraussichtlich in der 2. Hälfte des Jahres 2006 ausgeschrieben wird.

Im Netz gegen Rechts - Wettbewerb

Der Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ setzt in diesem Jahr seinen Wettbewerb „Im Netz gegen Rechts – Arbeitswelt aktiv“ fort, der sich an alle Personen richtet, die sich momentan in einer Ausbildung befinden. Ziel des Wettbewerbs ist es, online-Materialien zu produzieren, die sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen und gleichzeitig einen Bezug zur Arbeitswelt haben. Um Teilnehmende zu unterstützen, werden Workshops angeboten, in denen praxisbezogene Tipps zur Umsetzung eines Projekts vermittelt werden sollen. Zudem wurden zwei Handreichungen erstellt, die Anregungen und Hilfestellungen zur Durchführung von Projekten geben. Diese können als PDF-Datei auf der Internetseite herunter geladen werden. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 30. Juni 2006.

Infos: Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ e. V., Hans-Peter Killguss, Hans-Böckler-Straße 28, 40476 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 43 01-1 93,
killguss@gelbehand.de , www.gelbehand.de

Stellungnahme zu Änderungsvorschlägen im Zuwanderungsgesetz

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V. (iaf) hat eine Stellungnahme bezüglich der Änderungsvorschläge im Zuwanderungsgesetz, die derzeit diskutiert werden, verabschiedet. Diese bezieht sich vorwiegend auf die Vorschläge hinsichtlich der sog. Scheinehe und die Punkte, die im Kontext des Familiennachzugs relevant sind. Der Verband kritisiert, dass die Änderungen in Abschnitt 6 des Aufenthaltsgesetzes zu Einschränkungen des Familiennachzugs zu Deutschen und MigrantInnen in das Bundesgebiet führten. Grundgesetzlich garantierte Rechte auf freie Partnerwahl sowie das Ehe- und Familienleben würden somit verletzt.

Infos: Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V. (iaf), Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt, Tel: 0 69 / 71 37 56-0,
Verband-Binationaler@t-online.de
www.verband-binationaler.de

Netzwerkstelle Rechtsextremismus

Die Jusos haben eine Netzwerkstelle Rechtsextremismus gegründet, um das Thema Rechtsextremismus intensiver zu thematisieren und für die Arbeit vor Ort Service- und Vernetzungsaufgaben leisten zu können. Ein Element ist der neue antifanewsletter, der seit Januar 2006 regelmäßig verschickt werden soll und Informationen über aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus sowie Informationen über Projekte und Aktivitäten vor Ort enthält.

Infos: Jusos Bundesbüro, Netzwerkstelle Rechtsextremismus, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin
 Tel: 0 30 / 25 99 13 66, jusos@spd.de
www.jusos.de

Bleiberecht für Flüchtlinge notwendig

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat in einem Appell an den Bundestag gefordert, endlich im Zuge der diskutierten Veränderungen im Zuwanderungsgesetz ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge zu beschließen. Derzeit lebten in Deutschland 50.000 Kinder und Jugendliche als geduldete Flüchtlinge und somit ohne Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis. Diese Jugendlichen, von denen ein Großteil schon in Deutschland geboren und aufgewachsen sei, hätten dadurch keine Möglichkeiten auf eine Ausbildung und andere Partizipationsmöglichkeiten. Deshalb fordert der DBJR ein verbessertes Bleiberecht, eine kindgerechte Gestaltung des Asylverfahrens, die volle Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und die Abschaffung der Abschiebehaf für Minderjährige.

Infos: Deutscher Bundesjugendring (DBJR), Mühlenlamm 3, 10178 Berlin, Tel: 0 30 / 40 04 04 00,
info@dbjr.de, www.dbjr.de

Literatur und Materialien

... zum Thema Rechtsextremismus

📖 Borrmann, Stefan: Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen (Reihe: Forschung Pädagogik), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2005

📖 Bundesministerium des Innern: Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt (Texte zur Inneren Sicherheit), o. O. 2000

📖 Jugendamt der Stadt Essen (Hg.): Rechte Musik. Info für Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, o. O. 2005

📖 Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) (Hg.): Ab durch die Mitte? Neue Tendenzen des aktuellen Rechtsextremismus (Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 7), Düsseldorf 2005

Die neue Broschüre des IDA-NRW macht auf einen besonderen Aspekt aufmerksam: Immer mehr Rechtsextreme wollen – zumindest nach außen hin – nicht mehr den gängigen Klischees (martialisches Auftreten, dumpfe Parolen, Springerstiefel etc.) entsprechen, sondern geben sich als Teil der gesellschaftlichen Mitte aus. Aus ewiggestrigen Außenseiterinnen und -außenseitern sind vielerorts vermeintlich freundliche, adrett gekleidete Nachbarinnen und Nachbarn geworden, die sich als scheinbare Rettungsanker, nicht nur für perspektivlose Jugendliche, darstellen.

Neu ist außerdem, dass auf Demonstrationen von Rechtsextremen zwischen den bekannten neonazistischen Erscheinungsbildern Personen auftauchen, die sich mit Symbolen „schmücken“, die bisher eindeutig auf eine antifaschistische bzw. linke Haltung verwiesen: rote und schwarze Fahnen, Che-Guevara-Konterfeis, Palästinensertücher etc. Doch inzwischen gehören diese Accessoires zum geläufigen Repertoire mancher Rechtsextremer - sie wurden in ihrer Bedeutung der rechten Gedankenwelt „angepasst“ und von einem Teil der Szene vereinnahmt.

Dies ist Teil eines Arsenal an Strategien, die in intellektuellen Kreisen der Rechten, insbesondere der so genannten Neuen Rechten, entwickelt werden. Konzeptuelle Begriffe wie „Metapolitik“, „kulturelle Hegemonie“ und „Querfront“ bilden die Grundlage bzw. das Ziel des Handelns.

Über diese und andere neue Tendenzen im aktuellen Rechtsextremismus informiert die von IDA-NRW herausgegebene Broschüre. In den verschiedenen Beiträgen von Journalisten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden sowohl Themen aufgegriffen, die sich die Rechten

auf ihre Fahnen geschrieben haben, als auch die Strategien benannt, die im Hintergrund stehen. Des Weiteren bietet der Band pädagogisches Material, Literatur- und Internethinweise zur Vertiefung der Problematik sowie einen Überblick über einige Zahlencodes und Symbole der rechten Szene.

Die Broschüre kann für 5,- € bei IDA-NRW bestellt werden.

☞ Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock/Deutsche Vereinigung für politische Bildung/Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Stark machen gegen Rechtsextremismus. Eine Handreichung mit Informationen und Unterrichtsideen für Mecklenburg-Vorpommern, o. O. o. J.

☞ Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg: Hamburger Edition HIS, 2006

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

☞ Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Was tun gegen Antisemitismus? Erfahrungen aus der Projektarbeit der Amadeu Antonio Stiftung, o. O. o. J.

☞ Bertelsmann Stiftung - Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hg.): Eine Welt der Vielfalt. Ein Trainingsprogramm des A WORLD OF DIFFERENCE-Institute der Anti-Defamation League, New York, in der Adaption für den Schulunterricht, Praxishandbuch für Lehrerinnen und Lehrer (3. überarb. Aufl.), o. O. 2004

☞ Bielefeld, Ulrich (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg: Hamburger Edition HIS, 1998

☞ Delacampagne, Christian: Die Geschichte des Rassismus, Düsseldorf: Patmos Verlag, 2005

☞ Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Eidgenössisches Departement des Innern (Hg.): Wie sagen wir es den Medien? Gegen Rassismus und Diskriminierung, für bessere Integration – Anregungen für die Öffentlichkeitsarbeit, Bern 2005

☞ Frech, Siegfried/Haspel Michael (Hg.): Menschenrechte, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2005

☞ Geulen, Christian: Wahlverwandte. Rassen- diskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert, Hamburg: Hamburger Edition HIS, 2004

☞ Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände (Folge 4), Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 2006

☞ Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (Hg.): Was heißt eigentlich Rassismus? (2. Aufl.) Düsseldorf 2005

☞ Keßler, Stefan: Nach dem Asylverfahren. Ratgeber für die Arbeit mit Flüchtlingen und geduldeten Personen (2. Aufl.) (Informationsverbund Asyl e. V./IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e. V. (Hg.)), Oldenburg: IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e. V., 2006

☞ Mäs, Michael: Regionalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit (Reihe: Forschung Gesellschaft), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2005

☞ Verband für interkulturelle Arbeit VIA e. V.: Zur Situation der von Rassismus betroffenen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland (Heft 3-X-05), Duisburg 2005

... zum Thema Zuwanderung und Migration

☞ Acevit, Aysegül/Bingül, Birand (Hg.): Was lebst Du? Jung, deutsch, türkisch - Geschichten aus Almanya, München: Knauer Verlag, 2005

☞ Breckner, Roswitha: Migrationserfahrung – Fremdheit - Biografie. Zum Umgang mit polarisierten Welten in Ost-West-Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2005

☞ Hamburger, Franz/Badawia, Tarek/Humrich, Merle (Hg.): Migration und Bildung. Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft (Reihe: Schule und Gesellschaft, Bd. 35), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2005

☞ IFADE (Hg.): Insider - Outsider. Bilder, ethnisierte Räume und Partizipation im Migrationsprozess, Bielefeld: transcript Verlag, 2005

☞ Jaraus, Konrad H./Kleßmann, Christoph in Verbindung mit Zeitgeschichte-online (Hg.): Zeit-historische Forschungen/Studies in Contemporary History. Migration (Heft 3/2005), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2005

☞ Kreisjugendring Nürnberg-Stadt (Hg.): Selbstorganisation von jungen MigrantInnen. Abschlußbericht des Jugendprojekts Migration des Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, o. O. 2005

☞ Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hg.): Die Deutschen von anderswo: Junge Spätaussiedler/innen in Porträts, Berlin 2005

Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayerns e.V.: Grenzen überqueren. Migration und interkulturelles Zusammenleben (Reihe: Werkbrief für die Landjugend, Heft 2/2005), München o. J.

... zu den Themen interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Islam einbürgern - Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, Bonn 2005

Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder Landesverband Hessen (BdP): Abenteuer Kulterbunt, o. O. o. J.

Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder Landesverband Hessen (Hg.): Arbeitshilfe Projekt Kulterbunt. Landesverband Hessen anlässlich der Bundesaktion 2005/2006, o. O. o. J.

Die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg (Hg.): Interkulturelle Kompetenz in der Polizeiausbildung. Fachtagung 30./31. August 2004, o. O. 2004

Evangelische Jugend im Rheinland (Hg.): Alle anders, alle gleich. Evangelische Jugendarbeit in der multikulturellen Gesellschaft, Düsseldorf 2005

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (Hg.): Was heißt eigentlich Integration? (3. Aufl.) Düsseldorf 2005

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.: Migration und Soziale Arbeit. Partizipation (28. Jg., Heft 1/2006) Weinheim: Juventa Verlag, 2006

Kalff, Michael: Welt Weite Werte. Ein Trainingsprogramm für Jugendarbeit und Schule, Düsseldorf: Hagemann & Partner Bildungsmedien

Verlagsgesellschaft, 2000

Zentrale Trägerkoordination (ZTK) (Hg.): Leitlinien zur Integration und interkulturellen Orientierung der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart, Stuttgart 2005

Multireligiöse Studiengruppe MUREST (Hg.): Handbuch Interreligiöser Dialog. Aus katholischer, evangelischer, sunnitischer und alevitischer Perspektive, Köln 2006

Zaptcioglu, Dilek: Türken und Deutsche. Nachdenken über eine Freundschaft, Frankfurt/M.: Brandes & Apsel Verlag, 2005

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Bürgerstiftungen für demokratische Kultur. Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, o. O. 2005

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 12. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2005

djo-Deutsche Jugend in Europa Bundesverband e. V. (Hg.): Praktische Grundlagen. Handbuch zur Jugendkulturarbeit (Bd. 1), Berlin 2005

... Verschiedenes

Amadeus Antonio Stiftung (Hg.): Fundraising für demokratische Kultur. Mittelbeschaffung für zivilgesellschaftliche Initiativen, o. O. o. J.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR): Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Flüchtlinge, Rückkehrerinnen und Binnenvertriebene. Richtlinien zur Vorbeugung und Reaktion, Genf 2003